

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Knieß,
Druck und Verlag der Firma Schmitt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die Spalten 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Hg. Die 91 mm breite Reklamazeile 2.10 M.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigen-Magazin aus 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Limburg, Montag, den 12. Juli 1920.

83. Jahrgang

Nummer 157

Großer deutscher Sieg im west- und ostpreussischen Abstimmungsgebiet.

Wagners Telegraphisches Korrespondenzbüro in Frankfurt a. M. telefontiert heute vormittag 7 Uhr 30 Min. folgende vorläufigen Abstimmungsergebnisse.

	5936 deutsche	15 polnische	Stimmen
Stabsburg	25 824	207	"
Stadt und Kreis	3 401	4	"
Stabsburg	3 913	keine	"
Stabsburg	21 885	1	"
Stabsburg	3 500	500	"
Stabsburg	16 227	352	"
Stabsburg	59 827	29827	"

118 Ortschaften entschieden sich für Deutschland; nur 16 Gemeinden für Polen.

Stabsburg 4909 deutsche 3 polnische Stimmen, Kreis Stabsburg (vorläufig, 20 Gem. fehlen noch) Ergebnis 28 923 für Deutschland 9 für Polen. Und (vorläufig) 84 Bezirke ohne eine Stadt, Ergebnis 11 484 deutsche und nur 20 polnische Stimmen.

Spaa.

Spaa, 9. Juli. (W.B.) Bericht über die Vortagsitzung vom 9. 7. Die Konferenz ist um halb 11 Uhr zusammen getreten. Präsident Delacroix forderte die deutsche Delegation auf, ihre Antwort, die sie sich für heute vormittag vorbehalten hat, betreffend Unterzeichnung des Protokolls mitzuteilen, dessen Text allen Delegierten durch das Generalsekretariat zugestellt worden sei. Die deutsche Delegation erklärte sich bereit, das Protokoll zu unterzeichnen, lehnte aber auseinander, daß sie das Protokoll mit den durch die Alliierten auferlegten Strafbestimmungen im Falle der Nichtausführung der Bedingungen dem Reichstag unterbreiten möchte. Lloyd George erklärte im Namen der Alliierten, daß das Protokoll tatsächlich zweierlei Maßnahmen ins Auge faßt, die einen Teilens Deutschlands, die anderen seitens der Alliierten. Er sehe nicht ein, was der Reichstag mit den Strafbestimmungen zu tun habe, während etwaige Abänderungen den Alliierten zustünden und übrigens ausdrücklich bereits in dem Schlusssatz des Protokolls vom 10. 1. 1920, das Deutschland unterzeichnet habe, vorgesehen sei. Der Kanzler nahm die Argumentation von Lloyd George an und erklärte dann, daß die deutsche Delegation das Protokoll unterzeichnen würde. Die Sitzung wurde einige Minuten unterbrochen, um das Protokoll zur Unterschrift fertig zu machen und wurde um 12 Uhr mittags wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Frage der Schuldigen. Der deutsche Justizminister Dr. Heineke setzte auseinander, wie weit das Verbrechen gegen die Schuldigen vor dem Reichsgericht in Leipzig vorgeschritten sei. Lloyd George gab der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch nicht soweit gefördert sei, um in der Konferenz besprochen zu werden. Es machte vorher der Zusammenkunft zwischen den zuständigen deutschen und alliierten Ministern stattfinden. Wenn sie nicht zu einer Vereinbarung gelangen sollten, würde die Angelegenheit wieder vor die Konferenz kommen. Die deutsche Delegation hat dem Verfahren zugestimmt und anerkannt, daß Deutschland ebenso wie die Alliierten daran hat, die Verbrechen gegen die Kriegsgesetze zu bestrafen.

Berlin, 9. 7. (W.B.) Die Sonderbesprechung des Justizministers fand um 3 Uhr nachmittags im Schloß de la Reine statt. Die Beratungen führten zu dem Abschluß eines Übereinkommens. Es wird dadurch dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beilegung der Verfahren gegen die Kriegsschuldigen ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollversammlung genehmigt und unterschrieben.

Die Vollversammlung trat um halb 5 Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem französischen Stabe von Sachverständigen begleitet. Der französische Ministerpräsident Millerand machte längere Ausführungen im Namen der Alliierten, die darin bestanden, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es durch den Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstand sei. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach dem Beschluß der Alliierten wird

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Forderungen gesichert,
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen,
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt,
4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Regierung, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, die eingehenden Besprechungen mit den Sachverständigen der Alliierten in der Angelegenheit sich zu äußern. Es wurde darauf um 7 Uhr eine Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr angesetzt.

Die uns gemachten Zugeständnisse.

Paris, 9. Juli. (W.B.) Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spaa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages folgende Zugeständnisse gemacht, die die Mitteilungen über die getroffenen Entscheidungen vervollständigen:

1. Nicht eingeschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschlands genehmigt sind, sind die Ärzte und Veterinäre, deren Zahl auf 3000 bzw. 200 festgesetzt wurde.
2. Nicht eingeschlossen sind ferner in die genannten 4000 Offiziere 735 Verwaltungsoffiziere.
3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch eventuelle innere Kämpfe entstehen können.
4. Eine geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinengewehre, sodaß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und sechstes Zugeständnis verlangt für Vermehrung der Waffen und Munition derart, daß alle Formationen Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen und einen Angriff zurückweisen könnten, ferner die Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit, mit der Garantie, daß man diese Begünstigung nicht mißbrauchen werde, um eine große Anzahl Deutscher militärisch auszubilden. Diese beiden letzten Verlangen sind nicht gewährt worden. Andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie zu unterhalten.

Zur Kohlenlieferungsfrage.

Paris, 9. Juni. (W.B.) Bezüglich der Ausführungen der Bestimmungen über die Kohlenlieferungen durch Deutschland glaubt man zu wissen, daß die alliierten Delegierten in Spaa einerseits die Errichtung einer besonderen Kommission in Berlin verlangen werden, die die Produktion die Lieferung und Verteilung zu kontrollieren hätte, und andererseits die Einsetzung von alliierten Kommissären auf den beiden Schlupfstationen der Ruhrbedens.

Die Verhandlung der Kohlenfrage.

Spaa, 10. Juli. Die heutige Nachmittagsitzung hat kein abschließendes Ergebnis der Kohlenfrage gebracht. Sie verlief folgendermaßen: Herr Simons wies nach, daß der Friedensvertrag den Alliierten kein Recht zu Gewaltmaßnahmen wegen der Kohlenfrage gebe. Abgesehen davon sei es überhaupt nicht praktisch zu diskutieren, weil die Deutschen in der Kohlenfrage und in den anderen Fragen bestimmte Vorschläge zu machen hätten, die für die Alliierten befriedigend seien, ohne dabei die Lebensfähigkeit Deutschlands auszuschließen. Er schlug vor, für die Wiedergutmachung eine Kohlenkommission und drei Sondertommmissionen einzusetzen, die erste für die technischen Fragen der industriellen Leistungen, die zweite für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete und eine dritte für die wirtschaftlichen Fragen — der Finanzierung der deutschen sachlichen Arbeitsleistungen und der internationalen Geldeinzahlungen überhaupt. Die Kohlenfrage sei für alle Beteiligten ein zentrales Problem. Sie könne nur im Einverständnis mit den Unternehmern und Arbeitern gelöst werden. Herr Dr. Simons bat daher, die anwesenden Vertreter der Unternehmer und Arbeiter, Herrn Stinnes und Herrn Hue, wegen der gestrigen Entscheidung der Alliierten zu hören.

Darauf wurde dem Großindustriellen Stinnes das Wort erteilt. Er führte aus, welche Leistungen der Bergbau durch Erfüllung der Forderungen der Entente bereits gemacht habe und was weiterhin zur Förderung der Erzeugung der Kohle in Aussicht genommen sei. Er wandte sich scharf gegen die Methode der Drohung und wies darauf hin, daß ein Einmarsch in das Ruhrgebiet die Erzeugung sofort wesentlich verringern werde. Die Bemühungen des deutschen Bergbaues würden durch die militärischen Bedingungen vom 9. Juli außerordentlich erschwert, weil diese nur unter schweren Anrufen in der geordneten Form durchführbar seien. Der Eintritt von Unruhen werde die Produktion stören, und der Ausfall an Produktion werde auch auf die Alliierten zurückfallen.

Hierauf wurde dem Bergarbeiterführer Hue das Wort erteilt. Er erklärte, daß der deutsche Bergarbeiter, obwohl er durch jahrelange Blockade entkräftet sei und unter sehr ungünstigen sanitären Verhältnissen lebe, entschlossen sei, die Mehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Ueberführungen zu erzielen, daß aber die Arbeiterschaft Deutschlands, ebenso wie diejenige aller Alliierten am Ziele des Sechsstunden-Arbeitstages unbedingt festhalte. Die Kohlenförderung sei ein internationales Problem und müsse durch eine internationale Verständigung geregelt werden. Die deutschen Bergarbeitervertreter seien gern nach Spaa gekommen, um dabei mitzuarbeiten. Die Alliierten sollten nicht glauben, daß die Diplomaten, am grünen Tisch etwas festsetzen könnten, wenn die Arbeiterschaft nicht bereit sei, es auszuführen. Er hoffe, daß die Alliierten bald in Kommissionsberatungen eintreten zur Besprechung des Wiederaufbaues Frankreichs und Europas.

Was die Unsrigen sagen.

Berlin, 10. Juli. 7 (W.B.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags machte Staatssekretär Albert über die Vorgänge in Spaa folgende Mitteilungen: Der Reichswehrminister wird nachher ausführlich sprechen. Ich will mich deshalb darauf beschränken, den allgemeinen Eindruck dessen zu schildern, was wir in Spaa erlebt haben. Es war lediglich eine Fortsetzung der Diktate, die in Versailles

begonnen haben, es war das Ergänzungsdiiktat zu dem in Versailles diktirten Frieden. Das zeigte sich schon bei der Aufstellung des Programms. Der Reichsminister hat nicht, wie in der Presse lebhaft behauptet wurde, einen Wink bekommen, daß die militärischen Fragen zuerst herantommen würden. Im Gegenteil, die Regierung dachte, daß die militärischen Fragen erst später zur Verhandlung kommen würden. Die Entente entschloß sich für dieses Verfahren auch erst am letzten Tage, und zwar lediglich aus taktischen Gründen. Daß es sich lediglich um ein Diktat handelte, ersieht man auch aus Art, wie die Verhandlungen geführt wurden. In unserer Presse wurde vielfach geäußert, unsere Delegation hätte diesen oder jenen Punkt mehr hervorheben müssen. Es wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, warum die Frage der Sicherheitswehr nicht energischer behandelt wurde. Demgegenüber ist zu bemerken, daß wir keinerlei Verhandlungen und Entschlußfreiheit hatten. Der Vorsitzende führte die Verhandlungen mit rigoröser Schärfe, indem er nur das zu erörtern gestattete, was er erörtert haben wünschte. Die Leitung hatte Lloyd George, wenn auch formell der belgische Minister Delacroix den Vorsitz führte, wie jetzt die Verhandlungen über die Kohle in den Händen Millerands liegen. Es ist vielleicht der Eindruck entstanden, als ob sich die ganzen Verhandlungen um die 200 000 Mann unserer Reichswehr gedreht hätten. Das war vom Standpunkte Lloyd Georges aus nicht der springende Punkt. Der springende Punkt war vielmehr die Entwaffnung der Bevölkerung, das Herausheben der Waffen aus der Bevölkerung. Gelegentlich fiel sogar die Bemerkung, daß gegenüber dieser Frage die Zahl der Reichswehrruppen an Bedeutung zurücktrete. Dieser Punkt kann nicht leicht genug in den Vordergrund gestellt werden, denn er bildet den Drehpunkt der ganzen Verhandlungen. Es ist dann ein Agreement zustande gekommen, das die Herren kennen. (Widerspruch.) Ich habe leider den Wortlaut nicht hier. Ich war meiner Sache sicher, daß das Wolffsche Büro den Wortlaut der Bedingungen veröffentlicht hätte, die uns vorgelegt worden sind. (Zurufe: Diese Bedingungen sind allerdings bekannt.) Das Agreement enthält im Wesentlichen diese Bedingung, das ist unterschrieben worden. Dabei war für die deutsche Delegation von wesentlicher Bedeutung, die Androhung der Alliierten, das Ruhrgebiet zu besetzen, falls die Bedingungen nicht erfüllt würden. Savas hat verbreitet, die Deutschen waren vor die Frage gestellt worden: Ja oder Nein! und die deutsche Delegation hätte alles ohne Vorbehalt unterschrieben. In Wirklichkeit liegt die Sache folgendermaßen: Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Recht der Alliierten zum sofortigen Einmarsch entgegen dem Friedensvertrag von Versailles unter keinen Umständen unterschreiben könnte, einmal, weil dies dem Friedensvertrag widerspreche und weil es dem Geiste der Verhandlungen widerspreche, die auf der Basis des Friedensvertrages geführt würden, zweitens aus dem formalen Grunde, weil zur Änderung des Friedensvertrages die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren Deutschlands notwendig gewesen wäre. Um diesen Punkt drehte sich auch die nochmalige sehr scharfe Auseinandersetzung. In der letzten Sitzung wurde eine Formulierung gefunden, die diesem Standpunkte der deutschen Regierung Rechnung trägt, insofern, daß der Schlusssatz lautet: Die deutsche Delegation nimmt von der Entscheidung der alliierten Regierungen Kenntnis und wird die Bedingungen ausführen, soweit die deutsche Regierung in Betracht kommt. Diese Fassung wurde gewählt, um dadurch klarzustellen, daß der dritte Punkt, die Sanktion, bei dieser Formulierung nicht durch die Unterschrift gedeckt ist.

Pressestimmen.

Berlin, 9. Juli. (W.B.) Die Abendblätter billigen die Unterzeichnung der Entwaffnungsbedingungen durch die Deutschen in Spaa, indem sie betonen, daß ein anderer Ausweg nicht möglich war. Die „Germania“ hebt hervor, daß sich die Deutschen nur dem Zwange gefügt hätten und daß die Verantwortung für die Folgen der Entente überlassen werden müsse. Die Drohung der Besetzung des Ruhrgebiets nennt das „Berliner Tageblatt“ eine Politik mit dem Revolver in der Hand, die die Erbitterung in Deutschland noch vermehrt. Der „Vorwärts“ sieht die Entwaffnungsbedingungen für ein Zeichen des noch in den Ententeländern herrschenden militaristischen Geistes an, der in Deutschland den Militarismus in allen Schlupfwinkeln suche. Das Blatt fragt mit Bezug auf die Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets, wo der Völkerverbund sei, der zum Schutze des Friedens und zur Beilegung internationaler Streitigkeiten ohne militärische Gewaltanwendung dienen solle.

Berlin, 10. Juli. Zum erstenmal hörte man gestern in Spaa, wie im „Berl. Tageblatt“ berichtet wird, einen Franzosen in offizieller Verhandlung mit einem Deutschen. Zum erstenmal hatte Millerand den Vorsitz übernommen. Die Atmosphäre änderte sich mit einem Schlag. Die Kohlenfrage wurde verhandelt. Ein schwarzer Tag! In der Kohlenfrage wurde das scharfe Erpressungsverfahren fortgesetzt. Ursprünglich beabsichtigte Frankreich im Ruhrgebiet Kontrollkommissionen einzusetzen, und zwar sechs Hauptabteilungen und zwei Hafenumladestellen, insbesondere in Ruhrort, also eine Art wirtschaftliche Besetzung. Die Engländer waren dagegen. Nunmehr kommt die Ueberwachungskommission nach Berlin.

Schon die Art, wie die Kohlenfrage angeknüpft wird, so heißt es in der „Reichszeitung“, zeigt, daß auch hier die Blutsauger zugreifen, gleichviel ob unsere Industrie zu Grunde geht, ob Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen entsteht und schließlich die letzten Kohlen aus dem Schacht geholt werden.

Das deutsche Volk hat in weiten Schichten, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, bisher noch immer nicht recht erkannt, was es bedeutet, einen großen Krieg gegenüber einer Weltkoalition verloren zu haben. Jetzt beginnt sich allmählich die Folgen bemerkbar zu machen. Wer heute dem deutschen Volke nützen will, kann nichts anderes tun, als diese Tatsache möglichst oft auszusprechen und daran den Wunsch knüpfen, daß sich Deutschland sein größtes Gut erhalten möge, das allein es vor dem völligen Untergang bewahren kann: den inneren Frieden.

Auf alle Fälle wird die deutsche Regierung, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ausführt, um das Mögliche für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu tun, mit der durchgreifenden Entwaffnung der radikalen Elemente anfangen und sie rücksichtslos bis zum Erfolge fortzuführen haben.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, traf in den Morgenstunden bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr die Eingliederung schwerer Waffen und Entmilitarisierung. Sonach würde also die Sicherheitswehr als eine Polizeitruppe fortbestehen.

Ein neutrales Urteil über Spa.

Rotterdam, 9. Juli. (W.B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt über die Konferenz in Spa: Die Deutschen sollten als Gleichberechtigte an der Konferenz teilnehmen und als Gleichberechtigte verhandeln. Jetzt ist Deutschland schlimmer daran als ein Angeklagter vor Gericht. Dieser Tage haben wir gesagt, die Art und Weise, mit der die Konferenz die Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage lösen werde, werde dem Schluß zulassen, auf ein Gelingen oder Fehlschlagen der weiteren Verhandlungen. Jetzt wissen wir, daß die Alliierten Erfolge erstreben, die so groß und wertvoll sind, daß sie keine Früchte bringen werden, denn sie sehen das Beil an das Mark des Baumes, der diese Früchte hervorbringen soll.

Der Weg der Vernunft.

Amsterdam, 8. Juli. (W.B.) Im letzten Aufsatze seiner Artikelserie über Deutschland, zieht der bekannte englische Politiker Gardiner die Schlussfolgerungen, die sich aus diesen Untersuchungen ergeben und schreibt:

Die Franzosen haben zweierlei Ziele, die sich miteinander nicht vereinigen lassen. Das erste war, Deutschland zu zermalmen und in Stücke zu brechen, es mit einem „Sanitätskordon“ von Feinden zu umgeben und ihm die Quellen seiner Macht und seines industriellen Lebens zu nehmen. Das zweite Ziel war, von Deutschland ungezählte Milliarden zu erlangen. Deutschland sollte zuerst zerstört werden und dann bezogen. Aber nicht allein Deutschland sollte zermalmt werden. Frankreich hatte vor dem Kriege große Summen in Rußland angelegt und die russische Revolution sollte diese Gelder gefährden. (So haben denn lange vor Kriegsende die Staatsmänner des republikanischen Frankreich mit Hilfe von Lloyd George und Churchill mit englischem Geld und englischen Waffen Krieg gegen das republikanische Rußland geführt.)

Das von der französischen Politik zur Vernichtung Rußlands auf der einen und Deutschlands auf der anderen Seite angewandte Instrument ist Polen. Diese unternehmende Macht ist unter Leitung französischer Generale in eine großes militärisches Gibraltar verwandelt worden, um nach Osten in Rußland und nach Westen hin Deutschland niederzuhalten. Frankreichs Felder sind verwüstet, sein Bankrott ist unsagbar, aber es hat Geld im Überfluß für militärische Raubzüge in Rußland und wird keinen Mangel an Geld haben, wenn die französische Politik es für gut findet, daß es sich gegen das entwaffnete Deutschland wendet. Gerade jetzt ist Frankreich, wie ich bei meinen Untersuchungen festgestellt habe, dabei, eine gewaltige Propaganda in Oberschlesien zu treiben, damit dieses Kohlengebiet sicher an Polen fallen möge, um so die wirtschaftliche Schlinge um Deutschland enger zu schnüren.

Diese Deutschland gegenüber verhängnisvolle Politik der militärischen Einkreisung und der wirtschaftlichen Erdrosselung einerseits und unbegrenzter finanzieller Ansprüche andererseits, hat Europa zum Verderben gereicht. Zur Hälfte liegt es in Trümmern. Der Rest wankt, und wenn das geborstene Mittelstück zusammenbricht, wird der Ruin vollständig sein und Frankreich würde die Katastrophe nicht lange überleben.

Lodernde Liebe.

Roman von Erich Eckenstein.

15)

(Nachdruck verboten.)

„Ach, das gewöhnt sich bald. Man muß nur immer daran denken, daß man eben damit einem Menschen hilft, ihm seine geraden Glieder, oft sogar das Leben erhält. Dieses ideale Moment im Beruf des Arztes, siehst du, das ihm alles leicht erscheinen läßt, hilft auch mir immer rasch über das erste Grauen hinweg. Ganz kleine Sachen darf ich sogar selbst machen, wenn Alfred nicht gerade daheim ist, und die Sache Eile hat. Zum Beispiel Schnittwunden verbinden, ungefährliche Blutungen stillen, harmlose Medikamente verabreichen. Denn wir haben ja auch die Apotheke, wie du weißt, und die ist ganz meiner Obhut anvertraut. Natürlich habe ich mich anfangs tüchtig zusammen nehmen müssen, denn Alfred hat nicht viel Geduld zu langen Erklärungen. Da hat ich ihm um Bücher zur Einführung, und nun geht es ganz gut!“

Und das macht dir Spaß?“

„Spaß?“ Martha Renner lachte. „Es muß eben sein! Ihr in der Stadt hier habt es leicht! So viel Ärzte und Apotheken, Bandagisten, geschulte Handlanger — alles, was man braucht, gleich zur Hand! Aber bei uns draußen, wo es oft am Nötigsten fehlt! Dazu habe ich noch die Wirtschaft mit Obst- und Gemüsegarten, einer Menge Geflügel, voll und drei Schweine. Ra — die Zeit wird mir nicht lang, das kann ich dir schon sagen! Aber wunderschön ist's doch! Du mußt mich einmal besuchen kommen, Daniela! Unser Häuschen — Alfred hat es von seinem Vorgänger auf Abzahlung übernommen — liegt an einem Abhang und hat herrliche Aussicht. Dahinter ist Wald. Da haben wir uns allerliebste Plätze angelegt — nicht wahr, du kommst einmal für ein paar Wochen?“

„Vielleicht!“ sagte Daniela zerstreut.

„Woran denkst du? Warum ziehst du die Stirn so kraus? Du bedauerst mich doch nicht etwa?“

„Das nicht gerade, Martha. Aber ich bin froh, daß Egon in der Stadt lebt! Ich hätte gar kein Talent, seinen Assistenten zu spielen — und noch weniger Lust dazu! Mama

Vielleicht ist es schon zu spät, die finanzielle Katastrophe zu vermeiden. Aber wenn es noch Zeit ist, dann gibt es nur ein Allheilmittel: Die französische Politik, die Europa in die jetzige Lage gebracht hat, umgänglich in ihr Gegenteil verwandelt werden. Die Diktatur über Europa muß den Händen durchgezogen werden und die Politik, die vor 18 Monaten durch Paris hätte eingeleitet werden sollen, muß in Spa zur vollen Geltung gebracht werden.

Diese Konferenz bietet Europa die letzte Rettungsmöglichkeit. Ein ganz neuer Geist muß zur Herrschaft kommen. Die Zeit des Auflegens unmöglicher Bedingungen an den Feind ist vorüber. Deutschland muß als Schuldner behandelt werden, seine Verbindlichkeiten müssen festgesetzt werden, nicht entsprechend den rhetorischen Phantasien von Demagogen, die nach ihren Wählern spielen, sondern auf Grund sachkundiger Untersuchungen entsprechend der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Schuldners.

Aber Spa ist nur ein Anfang. Viel wichtigere Dinge müssen erreicht werden. Der Oberste Rat hat schon zu lange gelebt. Diese Gruppe unverantwortlicher Männer, die Europa dauernd in Flammen hält, ist keine Vertretung der europäischen Demokratie. Der Oberste Rat ist nichts weiter mehr als ein Organ, das die Dekrete des Marshalls hoch ausführt, wobei Churchill die Kanonen, Lloyd George den künstlichen Nebel, Bonar Law die Dementis liefert. Der Oberste Rat ist eine Beleidigung für England und eine Gefahr für die Welt. An seine Stelle muß ein Rat Europas treten, ein Rat, worin Gleichberechtigte für ihre gemeinsame Rettung arbeiten. Die Tätigkeit dieses Rates muß mit der des Völkerbundes verschmolzen werden. Wenn die französische Politik aufgegeben wird, dann wird der Völkerbund automatisch auf den Plan treten, und nur durch den Völkerbund kann der Friede der Welt gesichert werden. Wenn das erreicht wird, dann wird das Scheitern von Wilsons Politik in Paris später nur noch als furchtliche, zeitliche Verirrung der Staatsmänner in Erinnerung fortleben, wodurch schließlich der Triumph der Vernunft nicht verdunkelt wird. Aber — und das ist das letzte Wort, das ich von der Beobachtung der Tragödie Europas mitbringe — Amerika darf seine Hilfe nicht verweigern, es muß seinen Anteil an dem großen Befreiungswerke der Menschheit übernehmen, das doch in Amerika seinen Anfang genommen hat.

Die demokratische Landtagsfraktion.

Berlin, 10. Juli. Die Demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung hat anstelle ihres verstorbenen Fraktionsvorsitzenden Dr. Friedberg den bisherigen zweiten Vorsitzenden Oberbürgermeister Dominicus zum Vorsitzenden gewählt und als seinen Nachfolger den bisherigen dritten Vorsitzenden Schmilian bestimmt. Als 3. Vorsitzender wurde der Abg. Otto gewählt.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Halle, 10. Juli. Nach Mitteilung des Präsidenten des hiesigen Ernährungsamts werden in Thüringen zum 1. Oktober die Viehhändlerverbände aufgehoben.

Die standesherrlichen Bergregale.

Berlin, 10. Juli. Der Ausschuss der preussischen Landesversammlung für Handel und Gewerbe nahm den Gesetzentwurf zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat an. Gegen den Entwurf stimmten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, weil sie es für unverantwortlich erklärten, in der jetzigen Zeit den Regalherren noch weitere fünfzehn Jahre unbedingte große Einnahmen durch die vorgesehene Entschädigung zu verschaffen.

Zulassung der Frauen zur Justiz.

Der Rechtsausschuss der Preussischen Landesversammlung beriet den Antrag Friedberg und Genossen (D m.) über die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung. Dazu war von dem Abgeordneten Heilmann (Soj.) und Lichtenstein (U. Soj.) der Zusatzantrag gestellt, gemäß der Reichsverfassung die gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, welche die Zulassung von Frauen als Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte entgegensteht. Für die Antragsteller betonte Frau Dr. Heine (Dem.), daß es ihnen vor allen Dingen darauf ankomme, sofort ein praktisches Resultat zu erreichen; die Frauen, die die erste juristische Prüfung bestanden hätten, müßten sogleich zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Alles andere könne man später regeln. Es ergab sich im Ausschuss Ueberein-

stimmung darüber, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit selbständigen richterlichen Funktionen betraut werden könnten, und es ergab sich die Frage, ob dem durch einfache Anweisung des Hauses an den Minister, der Ausbildungsweg für die Frauen eröffnet werden könne. Schließlich nahm der Ausschuss gegen die Zulassung der Rechtsparteien eine Entschließung Oppenheims an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Prüfungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtlich: Stellen, Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Mann-Lichtenstein wurde gegen die Stimmen der beiden demokratischen Fraktionen und der weiblichen Mitglieder der übrigen Parteien abgelehnt.

stimmung darüber, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit selbständigen richterlichen Funktionen betraut werden könnten, und es ergab sich die Frage, ob dem durch einfache Anweisung des Hauses an den Minister, der Ausbildungsweg für die Frauen eröffnet werden könne. Schließlich nahm der Ausschuss gegen die Zulassung der Rechtsparteien eine Entschließung Oppenheims an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Prüfungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtlich: Stellen, Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Mann-Lichtenstein wurde gegen die Stimmen der beiden demokratischen Fraktionen und der weiblichen Mitglieder der übrigen Parteien abgelehnt.

Die U. S. P. D. zur 3. Internationale der Bolschewisten.

Berlin, 9. Juli. Wie der „Vorwärts“ dieser Tage berichtet, richtete die U. S. P. D. an den zur Zeit in tagenden Kongress des Vollausschusses für die dritte internationale das Ersuchen um Aufnahme. Der Kongress zehnte Punkte als Bedingungen für den Eintritt der U. S. P. D. in die dritte Internationale auf, deren letzte die Vereinigung der Unabhängigen mit den deutschen Kommunisten forderte. In einer Konferenz der Führer der Unabhängigen wurde beschlossen, diesen Punkt abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß die U. S. P. D. von der dritten Internationale ausgeschlossen würde.

Zu den Bedingungen, von denen vorbehaltlos die Aufnahme der Bolschewisten in die dritte Internationale abhängig machen, „Vorwärts“ gefaßt: Die deutschen Arbeiter, die mit Zetteln von einem kommunistischen Paradies träumen, werden überrascht sein, wenn sie die russische Auffassung kennen lernen, die den reißenden auf sozialistische Methoden zur Erreichung des Sozialismus und ihre Erhebung durch den geistlosen Appell an die Massenbedeutet. Die ganze Sache läuft auf die Ersetzung des Klassenkampfes durch den Bürgerkrieg hinaus.

Die Vernunft siegte.

Berlin, 10. Juli. (W.B.) Auf der in Halle gehaltenen Konferenz der revolutionären Betriebsräte, werkschaften und Vertrauensmänner der Unabhängigen Deutschlands zeigte nach heftiger Debatte die Vernunft gegenwärtig unter allen Umständen einen Generalstreik zu vermeiden.

Schön und schmerzlich zugleich.

Friedrichshafen, 9. Juli. (W.B.) Demittag machte das neueste größte Zeppelin-Luftschiff das vor Ausbruch der Revolution von der Verwaltung in Auftrag gegeben, und erst jetzt fertig worden ist, seine erste glänzende verlaufene Probefahrt. Luftschiff muß in Bälde an Frankreich abgeliefert werden.

Deutsche Gesinnung an der Saar.

Die deutsche Gesinnung der Bewohner des Saarlandes äußert sich immer mit erfreulicher Offenheit. Ein aus vielen, ganz regelmäßig: In der „Saarbrücker Zeitung“ finden wir einen Aufsatz von Jakob Kraus über „Die Preußen und die ehemalige Grafschaft Nassau-Saarbrücken“, worin mit der Geschichtsklitterung Lardens und Ullmanns aufgeräumt wird. Der Aufsatz kommt zu folgendem Ergebnis: Man kann darüber streiten, ob wir Saarländer von guten Preußen waren, gute Deutsche waren wir immer! Moß und Eichhorn den deutschen Volkstümlichkeit, zugleich mit den Schlagbäumen der vielen Kleinstaaterei engherzige Gesinnung nieder, die wie der Zirkus Wassertrichter um die Grenzpfähle im Kreise ging, schufen die Grundlage, auf der sich ein gemeinsames, deutsches Gefühl auswirken konnte. Die Linie geht von da über 1918. Dem Einheitsstaat gehört die Zukunft. Wir sind nur Preußen, Bayern, Württemberger sein, um zu sein zu können. Nehren wir nach 14 Jahren nicht in den Einheitsstaat zurück, so doch an der Hand Preußens in den deutschen Bundesstaat. Aber zurück lehren wir, das Selbstbestimmung gebrauchend, das der Versailler Vertrag

„Weil er mir heute mittag, während du draußen sagte, daß er morgen den schwersten und wichtigsten seines Lebens habe. Er will, glaube ich, an einer Operation vornehmen, die vor ihm noch nie gewagt hat. Es handelt sich —“

„Das interessiert mich nicht. Nur wie sie heißt?“ brach sie Daniela fastig. Ihre Augen funkelten plötzlich etwas Gespanntes lag in ihren Zügen. „Weißt du, hat er dir ihren Namen gesagt?“

„Nein!“

„Dann bitte, frage ihn doch. Mir sagt er es.“ Aber dir — wenn du es unauffällig —“

„Er wird es mir keinesfalls sagen, da er mir Kränkengeschichte erzählt. Warum liegt dir denn daran, ihren Namen zu erfahren, wenn dich der Fall gar nicht interessiert?“ fragte Martha Renner immer häufiger über Danielas seltsame Erregung.

„Ich — ich —“ Danielas Augen irrten an der Decke vorüber, „ich möchte es eben so furchtbar gerne wissen, schloß sie kurz.“

Frau Martha schüttelte verwundert den Kopf. Du für eine neugierige kleine Frau bist! Aber siehst du, Gefallen kann ich dir wirklich nicht tun. Was müßt du Mann von mir denken?“

„Das ist doch gleichgültig!“

„Mir nicht, Daniela! Ich schätze deinen Mann außerordentlich hoch, und an seiner Achtung liegt mir viel.“

„Dann laß es bleiben“, sagte Daniela schroff und schloß ab. Etwas von „netter Freundschaft“ marmeladete sie das Zimmer.

Sie blieb den ganzen Nachmittag verstimmt gegenüber. Als Heißlos abends heimkam war er in der Frage: „Du hast doch nicht vergessen, daß morgen bei Isolda ist, Egon?“

Sie war ihm dazu auf dem Fuß gefolgt, als er sein Ordinationszimmer ging, um dort wie gewöhnlich zu liegen.

(Fortsetzung folgt.)

Ist die Schändung der Kriegergräber auch Siegerrecht?

Berlin, 9. Juli. (W.B.) Die Abendblätter geben eine Meldung der Berliner Nationalzeitung über die Schändung deutscher Kriegergräber auf dem Donon in den Vogesen wieder. Alle Gedenktafeln seien herausgerissen und die Einfassungen der Gräber zerstört. Wie das Straßburger Blatt „Der Elßässer“ schreibt, wurden sogar die Gebeine deutscher Gefallener gesammelt und mit einem Lastwagen fortgeführt. Die Schlachtfeldbesucher hätten die Totenköpfe als Andenken mitgenommen.

Amerikaner verurteilen die schwarze Schmach.

Am 14. Juli soll in der Berliner Universität von den in Berlin lebenden Amerikanern eine Protestkundgebung gegen die farbige Befragung am Rhein stattfinden.

Polens Untergang in nächster Nähe.

Kopenhagen, 10. Juli. (W.B.) Die „Nationaltidende“ meldet aus Helsingfors: Aus Polen in Helsingfors einlaufende Nachrichten bestätigen, daß die militärische Lage Polens verzweifelt ist. Der russische Durchbruch am Pripiet wird mit ungeheurer Kraft durchgeführt. Südlich davon bei Proskuraw erfolgte am letzten Dienstag ein neuer Durchbruch. Auf der ganzen Front befinden sich die Polen in panikartiger Flucht. Von den Karpaten bis an die Berezina ist die polnische Front in Auflösung. Die Polen haben ein Heer von 300 000 Mann aufstellen können, das jetzt gegen eine mehrfache Uebermacht kämpfen muß. Die russische Offensive nimmt folgende drei Hauptrichtungen: von Proskuraw und Tarnopol gegen Lemberg, von Saslaw gegen Lemberg und südlich von Lublin und die dritte wichtigste von Moskau gegen Brest-Litowsk und Warschau. Letztere bedeutet für die Polen die größte Gefahr, da sie den polnischen Lebensmittelmärkte bedroht und den Feldzug mit Polens Untergang entscheiden kann.

Befegung Dünaburgs durch die rote Armee.

Reval, 10. Juli. (W.B.) Nach eingegangenen Nachrichten rücken die bolschewistischen Truppen südlich Dünaburg bis zur lettischen Front vor, durchbrachen die Verbindung zwischen lettischer und litauischer Front. Die litauische Regierung wurde von den Bolschewisten erlöst. Der Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestalten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf die Aufrechterhaltung der Polen besetzt war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Die Dänen.

Kopenhagen, 9. Juli. (W.B.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Königs ein Staatsrat statt, in dem der König den am 5. Juli in Paris unterzeichneten Vertrag mit den Alliierten betreffend Uebertragung der Souveränität über Nordschleswig an Dänemark ratifizierte. Ferner unterzeichnete der König das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs an Dänemark sowie eine aus diesem Anlaß zu eröffnende Botschaft an das Volk. Während der König die Unterzeichnung vornahm, gaben die Forts Salut und alle Kirchenglocken der Stadt begannen zu läuten. Später fand ein Festgottesdienst statt, dem die gesamte königliche Familie beiwohnte. Die Stadt hatte anlässlich der Einverleibung reichen Flaggenjuchas angelegt. Heute begibt sich der König auf der königlichen Yacht „Danebrog“ mit den Mitgliedern der königlichen Familie und der Regierung nach Nordschleswig, wo er morgen die alte Grenze zu Pferde überschreiten wird.

Einreiseerleichterung in die Schweiz.

Bern, 9. Juli. (W.B.) Der Schweizerische Bundesrat gewährte weitgehende Erleichterungen für die Einreise und den Aufenthalt fremder Gäste nach bzw. in der Schweiz. Die Grenzkontrolle wird nunmehr sehr vereinfacht und die Grenzgebühren aufgehoben. Die Inlandskontrolle beschränkt sich auf eine einzige Anmeldung am ersten Aufenthaltsort. Im übrigen ist völlige Bewegungsfreiheit zugelassen. Die Abreisebestimmungen sind ebenfalls aufgehoben. Diese Verfügung tritt am 15. Juli in Kraft.

Irland.

Rotterdam, 10. Juli. (W.B.) Wie der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet, ist die Lage im Süden und Westen von Irland infolge Stodens des Eisenbahnverkehrs sehr ernst. In einer Anzahl von Städten ist vorübergehend die Rationierung eingeführt. Der Gemeinderat von Dublin hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Beamten zu beauftragen, den Beamten der britischen Regierung keine Erlaubnis zur Untersuchung von Büchern zu erteilen oder Informationen zu geben, die sich auf Besteuerung beziehen. Solche Mitteilungen dürfen allein an die irische Republik gemacht werden.

Rußland und England.

Kopenhagen, 9. Juli. (W.B.) Der hiesige Korrespondent des Reuterschen Büros erzählt aus russischer Quelle, daß die russische Regierung darauf eingegangen sei, sofort Verhandlungen auf der Grundlage der von der britischen Regierung Krasin mitgeteilten Bedingungen aufzunehmen. Eine russische Abordnung wird in nächster Zukunft zu diesem Zweck nach England reisen.

Rußland und wie es dort aussieht.

Stockholm, 10. Juli. Hier trafen 145, bisher in Rußland wohnende Schweden, darunter zahlreiche Frauen und Kinder ein. Die Heimkehrenden schildern durchweg die Lebensverhältnisse in Moskau und Petersburg als unerträglich. Eine Anzahl Metallarbeiter, die jahrelang in Rußland gearbeitet haben, teilen mit, daß auch die erst vor einigen Monaten nach Rußland ausgewanderten Metallarbeiter bereits zum größten Teil wieder zurückkehren wollen, da die Arbeits- und Lebensverhältnisse sie vollkommen enttäuscht haben. Zugabe wird, daß in Moskau Ruhe und Ordnung herrscht und die Macht der Bolschewiki sehr stark ist. Bei den Dorpatern Friedensverhandlungen verlangen jetzt die Russen mit einem Nachdruck eine Neutralisierung des finnischen Meerbusens zu Gunsten der Handelschiffahrt. — Die aus Rußland zurückgekehrte englische Arbeiterdelegation betont nach Londoner Mitteilungen in ihrem Bericht die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses mit Rußland. Die Blockade und die Intervention hätten in Rußland einen glänzenden Patriotismus wachgerufen und sogar erbitterte Gegner der

Bolschewiki an die Seite der dortigen Regierung gebracht. Dadurch sei diese in Stand gesetzt worden, eine große Armee zu errichten und einen Militarismus zu begründen, der eine große Gefahr für Westeuropa bedeutet. Der Bericht schließt mit den Worten: Fortsetzung der Blockade- und Interventionspolitik ist verwerflich und töricht und kann nur mit einer europäischen Katastrophe enden.

Italien.

Mailand, 9. Juli. (W.B.) Einer Meldung der „Italia“ zufolge beabsichtigt Giolitti, nach der formellen Einreichung der Ratifikationsurkunden der Friedensverträge einen Gesandtschaftsbesuch vorzulegen, der die Annexion von Triest durch Italien proklamiert.

Dom Völkerbund.

Amsterdam, 7. Juli. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Harmsworth, Präsident Wilson habe die Aufforderung des Völkerbundsrates, die Völkerbundsversammlung im November einzuberufen, angenommen.

Japan.

Amsterdam, 10. Juli. (W.B.) Nach einer Meldung der „Eastern Service“ vom 4. Juli aus Tokio herrscht auf dem japanischen Zuckermarkt infolge eines großen Preissturzes eine Panik. Der Junietermin ist bis 15. Juli aufgeschoben.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 12. Juli 1920.

Steinfail. Wie der „Rass. Bot.“ schon am Samstag melden konnte, erlitt Domkapitular Dr. E. H. Rat Dr. E. H. Föhrer von hier in den frühen Morgenstunden des Samstag einen Schlaganfall, der das alsbaldige Hinscheiden des um seine Kirche verdienten geistlichen Würdenträgers zur Folge hatte. Er erreichte ein Alter von 73 Jahren.

(-) Pässe bei Einreisen ins besetzte Gebiet nicht vergessen. Im Gegensatz zu der seitherigen milden Handhabung der Passkontrolle wurde gestern in Diez durch die Franzosen bei den Zügen wieder strenge Passrevision vorgenommen. Für manch Einen gab es unliebsame „zahlbare“ Folgen. Also Pässe nicht vergessen.

Die Ortskrankenkasse des Kreises Limburg faßt in ihrer letzten Vorstandssitzung den Beschluß, den bei ihr Versicherten die während der vertragslosen Zeit entstandenen Barauslagen voll zu erstatten.

Preisprüfung der Obst- und Gemüsepreise. In der heutigen Sitzung der Preisprüfungskommission wurden folgende Verkaufspreise festgesetzt:

Stachelbeeren	das Pfund	1,80
Johannisbeeren	„	1,50
Frühbirnen	„	2,50
Birnen	„	1,60
Kohlraabi	„	1,—
Karotten ohne Kraut	„	1,40
Erbsen	„	1,50
Schneidebohnen junge	„	3,—
Salat je nach Größe der Kopf	40 bis 80 Pf.	
Salatgurken	das Stück	2,50 bis 3,00 Pf.

Lohnbewegungen. Man schreibt uns: Nachdem die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden der Hartbaufabrikindustrie, der Holz-, dem Arbeitgeberverband für die mittlere Bahn für Rast, Zement, Ton und Ziegelindustrie einerseits und den mitvertragschließenden christlichen und freien Arbeiterverbänden, die infolge der noch immer anhaltenden Teuerung eine entsprechende Lohnverbesserung fordern, zum Scheitern gekommen sind, werden nun die Verhandlungen vor dem Forum der Schlichtungsausschüsse weitergeführt. Wir hoffen, daß dortselbst, um Ruhe und Ordnung im hiesigen Industriegebiet zu behalten, ein gangbarer Weg zur Einigung gefunden wird und auch diesmal die neuen Bezirksarbeitsverträge baldigst zum Abschluß gelangen.

FC Die Ausübung der Jagd im besetzten Gebiet. Nach einer Entscheidung der H. E. J. T. R. können auch Jäger aus dem unbesetzten Gebiet im besetzten Gebiet Jagd ausüben. Sie müssen sich aber hierzu den in Artikel 24 und 25 der Verordnung 3 vorgeschriebenen Waffen- und Munitionsschein beschaffen und zwar bei der Jagdpolizeibehörde desjenigen Kreises, in dem das Jagdrevier liegt. Auf Grund dieses Waffenscheines ist der Jäger berechtigt, eine Waffe aus dem unbesetzten Gebiet mit einzuführen, vorausgesetzt, daß eine Bescheinigung der Waffe und deren Nummer im Waffenschein angegeben sind.

Ein Druckfehler entstellte in voriger Nr. d. Bl. die Notiz aus Siechen an dieser Stelle, wonach dort auf dem Trübe (Ködingenlandstraße) landwirtschaftliche Wagen usw. mit einem Preisnachlaß von 150—200 Mark und nicht bis 20091 Mark, wie fälschlich angegeben, an Kriegsbeschädigten verkauft werden.

Aus dem Oberlahnkreis 11. Juli. Der vertragslose Zustand ist aufgehoben. Die von den Rassenmitgliedern während des vertragslosen Zustandes an die Ärzte gezahlten Honorare werden von den unterzeichneten Rassen zurückvergütet, wenn die darüber ausgestellten Quittungen bis zum 25. d. Mts. vorgelegt werden. Also machen die Allgemeine Ortskrankenkasse Weilburg, die Allgemeine Ortskrankenkasse Rußel und der Verein der Rassenärzte bekannt.

FC. Langenschwalbach, 9. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung wählte einstimmig den Stadtverordneten Marloff zum 1. Beigeordneten und erklärte sich bereit, den Plan zur Errichtung einer Autolinie seitens der Postverwaltung von Nassau a. d. Bahn über Langenschwalbach nach Idstein zu unterstützen, evtl. mit einem Zuschuß beizuspringen, wenn das Unternehmen sich nicht rentieren sollte.

Gerichtssaal.

FC. Wiesbaden, 8. Juli. Der Milchstreit vor Gericht. Die Landwirte im Landkreise Wiesbaden, besonders in dem dazu gehörigen Orte Erbenheim, die im ganzen etwa 8000 Liter Milch täglich zu liefern haben, traten am 18. Mai d. Js. in den Milchstreit, da sie eine Erhöhung je Liter Milch auf zwei Mark von der Stadt Wiesbaden forderten. Dieser Streit wurde aber binnen vier Stunden beigelegt, da der Magistrat der Stadt die Erhöhung, wenn auch unter Protest, im Interesse der Bevölkerung bewilligte. In dem Moment schickten die täglichen Milchquantitäten in Wiesbaden von 3700 Liter auf 6000 Liter in die Höhe. Am 23. Mai fanden Verhandlungen am Oberpräsi-

dium in Kassel statt, die den Milchpreis auf 1,50 Mark das Liter vom 4. Juni ab fixierten, zumal die hiesigen Landwirte und der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden, Landesökonomierat Hartmann-Lübke-Bad Homburg diesen Preis für ausreichend erklärten. Die Folge war, daß die organisierte Bauernschaft in Erbenheim streikte. Die Stadt Wiesbaden geriet dadurch in eine mißliche Lage und der Magistrat mußte von Frankfurt a. M. 2000 Liter, aus dem Unterraum und den Domänen 1300 Liter, aus Limburg 1200, später auch aus dem Freistaat Hessen 1000 Liter täglich heranschaffen, um die Krankenhäuser, die stillenden Mütter und die Kinder zu versorgen. Die übrigen Rationen in der Stadt, besonders Krebs- und Magenkrankheiten, gingen leer aus. Bis zum 24. Juni dauerte dieser Milchstreit, worauf die Landwirte zum alten Preis die Lieferung wieder bedingungslos aufnahmen. Da nach einer Verordnung des Landkreises Wiesbaden, sämtliche Milch, Butter und Fett von den produzierenden Landwirten restlos abzuliefern sind an sonst hohe Geld- bez. Gefängnisstrafen eintreten, erhob der Staatsanwalt Anklage gegen die Landwirte Louis Born, Heinrich Christ, Louis Wintermeyer und Ernst Quint, sämtlich aus Erbenheim, diese aus den Hunderten von Streikenden herausgreifend. Die Sache stand heute vor der Strafkammer zur Verhandlung, um eine grundsätzliche Entscheidung in diesem Falle herbeizuführen und die übrigen Milchstreiker dann durch Strafbefehle zu belangen. In der Verhandlung wurde hervorgehoben, daß die Gestehungskosten der Milch dem Landwirt bei jeglicher Anschaffung von Vieh, unter Verwendung von Kraftfutter, auf 3,20 Mark pro Liter sich stellen, bei eigener Aufzucht ohne Kraftfutter, unter Verwendung von Grünfütter, Heu und Dicksaft, wie im Landkreis Wiesbaden, auf 2,12 Mark, bei Weidewirtschaft, wie im Württemberg, auf eine Mark. Die hiesige Landwirtschaftskammer, ausgenommen ihr Vorsitzender, hatte den Preis von zwei Mark pro Liter zugestimmt. Wegen Bergegen gegen die oben angelegte Verordnung des Landkreises Wiesbaden erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von je 500 Mark gegen die Angeklagten. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß, wenn auch andere, ja lebenswichtige Betriebe, um höhere Preise zu erzielen, stillgelegt werden, streiken, auch die Staatsregierung sogar zu Streiks aufrufte, so dürften die Angeklagten im vorliegenden Falle einen Streik nicht inszenieren, wenn auch ihre Forderung berechtigt, weil sie durch eine Verordnung zur Ablieferung verpflichtet waren.

FC Wiesbaden, 8. Juli. Vom Milchzucker! Wegen übermäßiger Preisforderung für Milchzucker hatte der Besitzer der hiesigen Löwenapotheke, Heinrich Dreesen, einen Strafbefehl erhalten, gegen den er Berufung einlegte. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei und bündete die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf, da eine überhöhte Preissteigerung für ein Nahrungsmittel nicht in Betracht komme, weil Milchzucker nicht ausschließlich Nahrungsmittel ist, bei ihm aber die Arzneitaxe bei Festsetzung des Preises in Anwendung gebracht werden kann.

FC Wiesbaden 9. Juli. Das Mitglied des Kreiswirtschaftsamtes im Rheingau, der Kaufmann Johann Sebastian Mayer in Erbach, hatte sechs Doppelentner Zucker, die die Gemeinde Reudorf nicht annahm, für sich übernommen, aber mit einem Gewinn von 1290 Mark weiterverkauft. Das Wuchergericht nahm Mayer in eine Geldstrafe von 300 Mark.

Amtlicher Teil.

(Nr. 157 vom 12. Juli 1920.)

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 31. Mai 1920 (R. G. Bl. I. 1031) und die Ausführungsanweisung vom 16. Juni 1920 wird für den Kreis Limburg folgendes bestimmt:

Der Verkauf von Brotgetreide (Koggen, Weizen, Spelz, Dinkel, Fesen, Emmer und Einkorn), Gerste oder Hafer auf dem Markt ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Kommunalverbandes ist verboten.

Unter dieses Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege freiwilliger Versteigerungen, sowie Pacht-, Miet- oder sonstige Verträge, die eine Umgehung dieses Verbots bezwecken.

Alle vor dem 26. Mai 1920 abgeschlossenen Verträge dieser Art sind nichtig (§ 4 der R. G. O. für die Ernte 1920).

Zumiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden nach §§ 80, 81 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Die verkauften Früchte können ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt werden. Ist die strafbare Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und auf Geldstrafe bis zu 100 000 Mark erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schefflen.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister, vorstehende Bekanntmachung wiederholt auf ortsübliche Weise bekannt zu geben.

Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schefflen.

Bekanntmachung.

Infolge der bestehenden Schwierigkeiten in der Viehaufzuchtung hat die Bezirksfleischstelle dem Kommunalverband Limburg zur Ergänzung der festgesetzten Fleischration eine bestimmte Menge amerikanischen Speck zugeteilt. Der Kleinverkaufspreis wird sich voraussichtlich auf höchstens etwa 12 Mark für das Pfund stellen. Die Ausgabe des Speckes hat nur gegen Fleischkarten zu erfolgen. Voraussetzungen kann auf den Kopf der Versorgungsberechtigten ein Pfund ausgegeben werden.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister der Stadt- und Landgemeinden des Kreises bis spätestens zum Donnerstag, den 15. Juli, abends, dem Kreiswirtschaftsamt telefonisch (Nr. 322) mitzuteilen, für wieviel Versorgungsberechtigte die Zuteilung von Speck gewünscht wird. Freilanzange ist erforderlich.

Limburg, den 10. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dieser Tag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Georg Stierstädter, dessen Ehefrau Katharina geb. Zimmermann; um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Anna Maria Hillebrand.

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir unseren besten Dank.

Landgerichtsrat Dr. Adolf Friedländer
und Frau Lony geb. Kirsch.

Limburg, im Juli 1920.

3(157)

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Gemüse-Verkauf.

Freitag den 16. Juli, nachmittags von 2—4 Uhr
in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhofe Verkauf von
**Kopfsalat, Karotten, Kohlrabi, Rote Rüben und
Büschbohnen.** 2(157)

Städt. Lebensmittelamt.

Gebührenordnung für Kanalbenutzung.

Auf Grund des § 4 des Kommunalabgabengesetzes vom
14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordnetenver-
sammlung vom 15. Mai 1920 wird für die Stadt Limburg
folgende Gebührenordnung für die Benutzung der allgemeinen
städtischen Entwässerungsanlage erlassen.

§ 1.

Für Benutzung der allgemeinen städtischen Entwässerungs-
anlage ist eine jährliche Kanalbenutzungsgebühr zu entrichten,
welche in der Form eines prozentualen Zuschlages zu der
staatslich veranlagten Gebäudesteuer nach Maßgabe der folgen-
den Bestimmungen erhoben wird.

Die Höhe des Zuschlages wird alljährlich durch Gemeinde-
beschluss festgesetzt und in ortsüblicher Weise bekannt gemacht.

§ 2.

Gebührenpflichtig sind alle an die städtische allgemeine Ent-
wässerungsanlage angeschlossenen Gebäude, für welche eine Be-
nutzung der Entwässerungsanlage stattfindet.

Kirchen und andere öffentliche lediglich den gottesdienstlichen
Zwecken anerkannter Religionsgemeinschaften dienende Gebäude
sind gebührenfrei. Bei Gebäuden, welche erst nach eingetre-
tener Benutzung an die allgemeine Entwässerung angeschlossen
werden, tritt die Gebührenpflicht mit dem ersten des auf den
Anschluss folgenden Monats ein.

§ 3.

Zur Zahlung der Gebühr ist der jeweilige Eigentümer der
Gebäude verpflichtet, mehrere Eigentümer haften als Gesamt-
schuldner.

Die Verpflichtung zur Zahlung ruht dinglich auf dem
Grundstück dergestalt, daß jeder spätere Eigentümer für die
Bezahlung mit dem Grundstück haftet.

Die Zahlung der Gebühr hat in vierteljährlichen Teil-
beträgen im voraus und zwar mit den übrigen städtischen
Steuern zu erfolgen.

§ 4.

Die Benachrichtigung von der Gebührenveranlagung erfolgt
durch Zustellung des Hebeszettels.

Gegen die Veranlagung ist innerhalb einer Ausschlussfrist
von 4 Wochen, beginnend mit dem ersten Tage nach der Be-
händigung der Benachrichtigung, der Einspruch bei dem Ma-
gistrat zulässig.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühr wird durch
Einlegung eines Einspruches nicht aufgeschoben.

§ 5.

Die Beitreibung der Gebühren erfolgt gemäß § 90 des
Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 nach der Ver-
ordnung über Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren vom
15. November 1899.

§ 6.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung
in Kraft.

Limburg, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat:
gez. Dr. Krüsmann.

3(156)

Genehmigt.

St. Cassel, den 10. Juni 1920.

Namens des Bezirksausschusses

B. A. 551/20.

(Siegel).

Der Vorsitzende

J. B. gez. Unterschrift.

Wird hiermit veröffentlicht.

Die Gebühr ist für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 1
der Gebührenordnung durch Gemeindebeschluss auf 75% der
Gebäudesteuer festgesetzt worden.

Limburg a. L., den 8. Juli 1920.

Der Magistrat

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufs-
angebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unter-
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffent-
lichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche ver-
öffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der
Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den
Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim
Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%
Die Verkäufer können bei der Festsetzung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

Brauchen Sie Drucksachen

Wir fertigen Ihnen an in geschmackvoller Aus-
führung: Briefbogen und Koverts, Rechnungs-
formulare, Rechnungsauszüge, Mahnbriebe, Mit-
teilungen, Postkarten u. Reise-Avis, Quittungs-
formulare, Lieferscheine, Lieferscheinebücher,
Wechselformulare, Verlobungs-Anzeigen, Hoch-
zeits- und Trauer-Anzeigen, Wein- u. Speise-
karten, Adress- u. Visitenkarten, Preislisten, Zir-
kulare, Vergnügungseinladungen, Programme,
Frachtbriefe, Paketadressen, Aufklebezettel,
Wiegenscheine, Reklamezettel, Prospekte. Preise
billigst. — Auf Wunsch Entwurf-Anfertigung.

Schlinck's Verlag

Limburger Anzeiger, Inhaber Moriz Wagner
Gegründet 1828. Brückengasse 11. Tel. 82.

Solange Vorrat reicht, haben wir einige

neue Fahrräder

Marke „Opel“

zu **M. 950** p. Stück

abzugeben (mit erstkl. neuem Gummi u.
Torpedo). 17(156)

Gebrauchte Räder sind stets sehr
billig am Lager.

Wahl & Kircher

Kettenbach-Bahnhof.

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Stukkateure und Putzer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Stundenlohn 6,45 M

Christian Longert, Essen,

Strugardstraße 11.

Freibank

Gegen Fleischkarten:

Dienstag den 13. Juli,
von 10¹/₂ — 12 Uhr vormittags
von Karten Nr. 401—800
und von 2—3¹/₂ Uhr nach-
mittags von Karten Nr. 801
bis 1300 Es werden pro
Familie bis 2 Bld. abgegeben.
Preis à Bld. M. 5 und 6.
Schlachthofverwaltung.

Lehrjungen

für sofort gesucht. 4(157)
Schmiedemstr. Hilbinger,
Staffel (Bahn).

Großer politischer Nachrichten- dienst Vossische Zeitung Berlin

Monatlicher Bezugspreis
M. 14.—

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe

in allen Angelegenheiten:

Wirtschaftsfragen

Robustbeschaffung

Fachliche Beratung

Steuersachen

Rechtsfragen

Technisches Rat

Forderungen

Buchführung

durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. L. Lahn
im Schloss. Fernruf 308

Arbeitsbücher

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Zur Belebung des Geschäfts im dortigen Kreise suchen wir
für unsere Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Wasserleitungs-
schäden-Versicherungs-Abteilungen tüchtigen

Bezirks-General-Agenten.

Gewährt werden feste Zuschüsse, hohe Provisionen und sonstige
Anlagen. Ausführl. Angebote erbeten. 1(157)

Mitteldeutsche Versicherungs-A.-G. Halle a. d. Saale

General-Agentur Köln, Hans Walther,

Büllicher Platz 7. Fernspr. A 8496.

Feldhüter-Anzegebücher

mit Dienstplanweisung,

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Bütten, Büber, Cimer und Buttermaschinen

in allen Größen vorrätig.

3(150)

Karl Gemmer, Limburg (Lahn)

Maschinen, Austr. I Nr. 4 Hinter der Turnhalle.

Zur gefl. Beachtung!

Steuer-

Kartenblätter

nach amtlicher Vorschrift
nur zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.